

ISG Projektbericht | 2. März 2016

Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2015 zur ESF-Kommunikationsstrategie

Bericht im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg



Autoren: Uta Micic und Jürgen Viedenz unter Mitarbeit von Stefan Feldens

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	i
Abbildungsverzeichnis	ii
Tabellenverzeichnis	ii
1 Einleitung.....	1
2 Zusammensetzung der Befragten	2
3 Bekanntheit des Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF).....	2
4 Informationsquellen zum ESF.....	6
5 Wissensstand zum ESF	7
6 Wissen und Meinungen zur Europäischen Union.....	10
7 Zusammenfassung.....	13
8 Literaturverzeichnis	15

Anhang

Fragebogen der Bevölkerungsbefragung	16
--	----

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bekanntheitsgrad des ESF in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bund	3
Abbildung 2:	Regionale Bekanntheit des Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) in Baden-Württemberg.....	5
Abbildung 3:	Informationsquellen über den ESF in Baden-Württemberg	6
Abbildung 4:	Wahrgenommene Förderziele des ESF.....	7
Abbildung 5:	Wahrgenommene Zwecke der Mittelverwendung von ESF-Fördergeldern in Baden-Württemberg	9
Abbildung 6:	Meinungen zur Mitgliedschaft Deutschlands in der EU	10
Abbildung 7:	Informiertheit über die EU und Bewertung der zur Verfügung stehenden Informationen über die EU	12

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Bekanntheit der Struktur- und Investitionsfonds insgesamt und des ESF in Baden-Württemberg nach soziodemografischen Merkmalen	4
------------	---	---

1 Einleitung

Gemäß Artikel 115 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 sind die Mitgliedstaaten und Verwaltungsbehörden zuständig für die Informations- und Kommunikationsmaßnahmen zur Bekanntmachung der Ergebnisse und Auswirkungen der Programmumsetzung. Wie in der Kommunikationsstrategie für das operationelle ESF-Programm „Chancen fördern – Europäischer Sozialfonds in Baden-Württemberg 2014-2020“ im Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ vom 3. November 2014 vorgesehen, wurde zur Bewertung der Öffentlichkeitswirkung und der Bekanntheit der Strategie, der operationellen Programme und Vorhaben sowie der Rolle der Fonds und der Union aus Sicht der breiten Öffentlichkeit in 2015 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Diese soll gegen Ende der Förderperiode (2020) wiederholt werden, um die Entwicklung der Ergebnisse der Kommunikationsstrategie des Landes Baden-Württemberg im Zeitverlauf aufzeigen zu können.

Ziel der Bevölkerungsbefragung war es, den Bekanntheitsgrad der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in der baden-württembergischen Bevölkerung zu ermitteln. Im Vordergrund stand hierbei die Bekanntheit des Europäischen Sozialfonds (ESF). Hierfür wurden im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg im Zeitraum vom 15.10.2015 bis zum 11.11.2015 computergestützte Telefoninterviews durch TNS Emnid durchgeführt. Die Ergebnisse liegen dem ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, welches auch den Fragebogen (s. Anhang) entwickelt hat, zur weiteren Auswertung vor. Insgesamt wurden 1.000 Interviews realisiert.

Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zur Bekanntheit der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und zur EU wurde für Baden-Württemberg in dieser Form erstmalig durchgeführt. Aus der Förderperiode 2007-2013 liegen die im Auftrag des BMAS durchgeführten bundesweiten Befragungen¹ vor, welche aufgrund der Fallzahlen (insg. rd. 2.500 Befragte bundesweit) indes keine Rückschlüsse auf Baden-Württemberg als einzelnes Bundesland zulassen.² An geeigneter Stelle werden die Ergebnisse des aktuellsten Berichts der deutschlandweiten Befragung (2013) gegenübergestellt, um Unterschiede im Wissen über den ESF, die Strukturfonds und die EU herauszustellen.

Einen weiteren Bezugspunkt bildet das Eurobarometer vom September 2015 zum Europäischen Parlament, zu Fragen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der Zugehörigkeit zu dieser (Parlament 2015). Anders als in der Bundesbefragung und in der hier vorgestellten Befragung zum ESF in Baden-Württemberg wurden die Ergebnisse des Euroba-

¹ Vgl. Forsa 2013.

² Ausgewiesen wurden in der Bundes-Befragung Ergebnisse für Ost- und Westdeutschland sowie zu einzelnen Fragen für Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

rometers durch TNS opinion nicht telefonisch, sondern mittels einer rechnergestützten persönlichen Befragung ermittelt (Fallzahlen: rd. 1.000 Befragte pro Mitgliedstaat). Zielgruppe waren Europäer in den 28 Mitgliedstaaten ab dem Alter von 15 Jahren. Insbesondere bei der Auswertung der Fragen zur EU (*Abschnitt 6*) bietet sich ein Vergleich mit den Ergebnissen des Eurobarometers an.

Im nachfolgenden Abschnitt wird kurz die Zusammensetzung der Befragten beschrieben (*Abschnitt 2*), bevor die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zur Bekanntheit der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) sowie des Europäischen Sozialfonds (ESF) in Baden-Württemberg vorgestellt werden (*Abschnitt 3*). Danach wird auf die genannten Informationsquellen zum ESF eingegangen (*Abschnitt 4*). Im *Abschnitt 5* steht der Wissensstand zum ESF im Vordergrund: Einerseits wurde nach dem allgemeinen Kenntnisstand gefragt, andererseits ging es spezieller auch darum, von den Befragten zu erfahren, wie gut sie die konkreten Tätigkeitsbereiche, Strukturen und Ziele des ESF kennen. Hiernach erfolgt eine Darlegung der Ergebnisse zu den Fragen, die den Personen allgemein zur EU gestellt worden sind (*Abschnitt 6*). Die Antwortmuster geben Rückschlüsse darauf, wie die baden-württembergische Bevölkerung gegenüber der EU eingestellt ist und wie gut sie sich hinsichtlich der EU informiert fühlt. Ein Fazit fasst die zentralen Ergebnisse zusammen (*Abschnitt 7*).

2 Zusammensetzung der Befragten

Unter den 1.000 befragten Bürgerinnen und Bürgern waren 51 % weiblichen und 49 % männlichen Geschlechts.³ Die Befragten waren mindestens 14 Jahre alt. 42 % hatten einen Hauptschulabschluss. Dies entspricht nicht mehr dem heutigen Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger (in Baden-Württemberg lag der Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss an allen Absolventen in 2014 bei 19 %). Der Grund für den recht hohen Anteil in der Nettostichprobe ist darin zu sehen, dass knapp die Hälfte der Befragten (46 %) 50 Jahre oder älter gewesen ist. Zur Schulzeit der meisten Personen dieser Altersgruppe stand der Trend zu höheren Abschlüssen erst am Anfang. 26 % der befragten Personen hatten einen Abschluss einer weiterführenden Schule (ohne Abitur). Über das Abitur oder ein abgeschlossenes Studium verfügten 28 % der Befragten. Ferner besuchten 5 % der Befragten noch die Schule. 57 % der Befragten waren berufstätig, 43 % der Befragten waren nicht berufstätig. Hierbei handelte es sich z. B. um Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler oder Studierende.

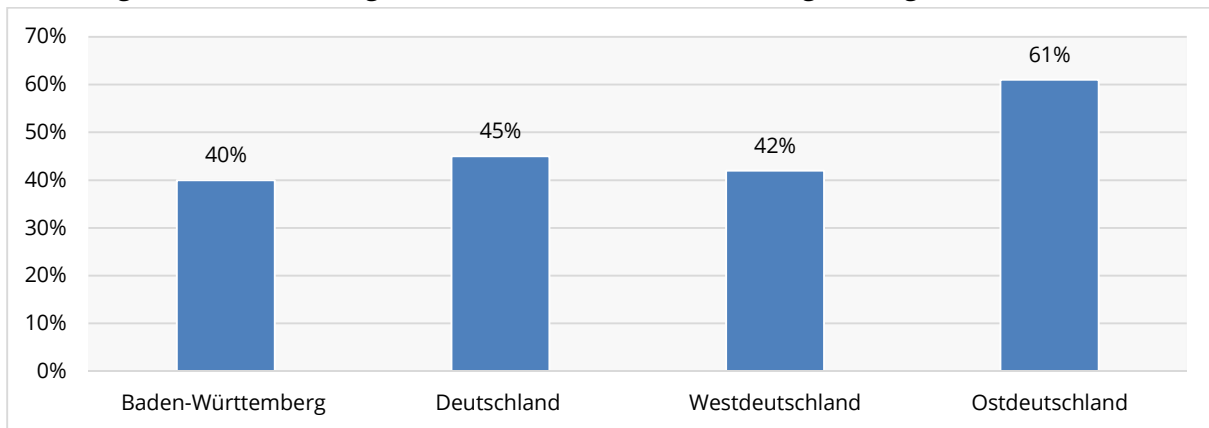
3 Bekanntheit des Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF)

Rund 40 % der Befragten in Baden-Württemberg gaben in 2015 an, schon einmal vom ESF gehört

³ Die von TNS Emnid ermittelten Daten liegen ohne Nachkommastellen vor.

zu haben. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung für das Bundesgebiet aus dem Jahr 2013 zeigt sich, dass die Bekanntheit des ESF in Baden-Württemberg zwar um 5 Prozentpunkte geringer ausgefallen ist als in Deutschland insgesamt, sie allerdings mit dem für Westdeutschland konstatierten Anteilswert (42 %) vergleichbar ist (*Abbildung 1*). Grundsätzlich gilt im Ost-West-Vergleich, dass der Bekanntheitsgrad mit dem Mitteleinsatz des ESF (je Kopf der Bevölkerung) ansteigt.

Abbildung 1: Bekanntheitsgrad des ESF in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bund



Quelle: Bevölkerungsbefragung Baden-Württemberg 2015 (n=1.000); Bevölkerungsbefragung Bund 2013 (n=2.501).

Der Anteil der Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg, die schon einmal von den Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) insgesamt gehört haben, fiel mit 43 % etwas höher aus. Nach soziodemografischen Merkmalen zeigt sich, dass die ESIF bei Schülerinnen und Schülern und Studierenden sowie bei den Jüngeren (14-29 Jahre) weniger bekannt, bei den Berufstätigen besser bekannt sind (*Tabelle 1*). Bei den Männern waren sowohl ESIF als auch der ESF wesentlich bekannter als bei den Frauen (51 % bzw. 48 % der Männer gaben an, ESIF bzw. ESF zu kennen, demgegenüber nur 34 % bzw. 32 % der Frauen).

Der Bekanntheitsgrad des ESF steht außerdem eng mit Alter, Bildungsabschluss und Berufsstatus in Zusammenhang. So steigt die Bekanntheit mit dem Alter der Befragten an. Als am besten informiert zeigten sich dabei die Befragten im mittleren Erwachsenenalter und die Befragten im Alter zwischen 50 und 59 Jahren (jeweils 45 %). In der Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren waren es noch 40 %. Bei jüngeren Personen fiel der Bekanntheitsgrad (wie auch bei ESIF) nochmals geringer aus (35 %). Der Informationsstand variiert ebenfalls mit dem Bildungsstand. Während jede zweite befragte Person mit Abitur oder Universitätsabschluss den ESF kannte, hatten lediglich 39 % der Personen mit einem mittleren Bildungsabschluss und nur 36 % der Personen mit Hauptschulabschluss schon einmal vom ESF gehört. Rund jede dritte Schülerin bzw. jeder dritte Schüler (34 %) gab an, den ESF zu kennen. Auch hinsichtlich der Berufstätigkeit können Differenzen konstatiert werden. 43 % der Berufstätigen kannten den ESF. Bei nicht Berufstätigen fiel der Anteilswert 8 Prozentpunkte niedriger aus. Desgleichen hat der Berufsstatus Einfluss auf die Bekanntheit des ESF. Am besten bekannt war der ESF bei Selbständigen (64 %) und bei Beam-

tinnen und Beamten (63 %); dies dürfte z. T. auch mit dem Bildungsstand interagieren. Mit einem recht großen Abstand folgen Angestellte (39 %), Rentnerinnen und Rentner (38 %), Arbeiterinnen und Arbeiter (36 %), Schülerinnen und Schüler oder Studierende (34 %). Die dargelegten Zusammenhänge gelten auch für den Bekanntheitsgrad der Struktur- und Investitionsfonds und konnten darüber hinaus größtenteils auch bereits in den Bevölkerungsbefragungen des Bundes festgestellt werden.

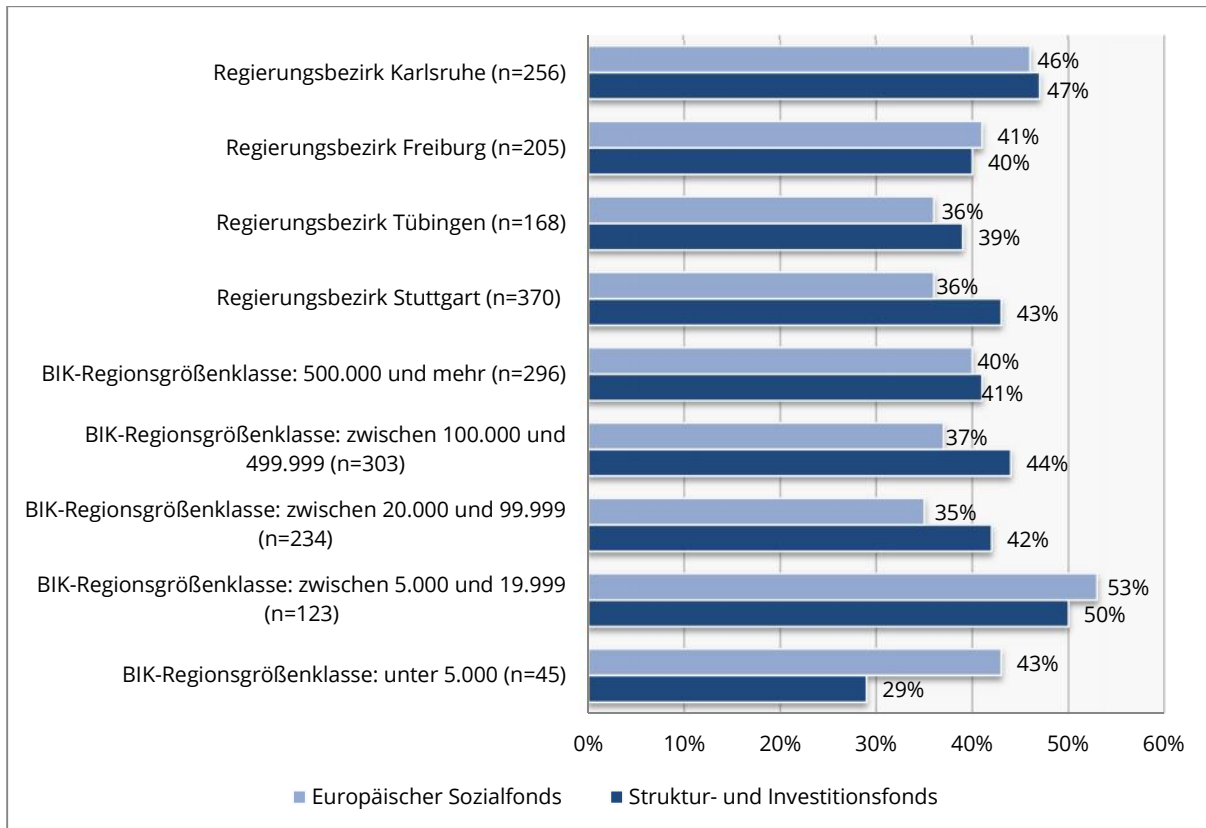
Tabelle 1: Bekanntheit der Struktur- und Investitionsfonds insgesamt und des ESF in Baden-Württemberg nach soziodemografischen Merkmalen

	Bekanntheit der Struktur- und Investitionsfonds (ESIF)	Bekanntheit des Europäischen Sozialfonds (ESF)
nach Geschlecht		
...männlich (n=492)	51%	48%
...weiblich (n=508)	34%	32%
nach Alter		
...14 bis 29 Jahre alt (n=223)	20%	35%
...30 bis 39 Jahre alt (n=140)	42%	35%
...40 bis 49 Jahre alt (n=184)	54%	45%
...50 bis 59 Jahre alt (n=167)	53%	45%
...60 Jahre alt oder älter (n=287)	46%	40%
nach Bildungsstand		
...Hauptschulabschluss (n=418)	41%	36%
...mittlerer Bildungsabschluss (n=256)	38%	39%
...Abitur/ Universitätsabschluss (n=279)	53%	50%
...noch kein Schulabschluss (noch in der Schule, n=47)	16%	21%
nach Berufstätigkeit		
...berufstätig (n=573)	49%	43%
...nicht berufstätig (n=427)	34%	35%
nach Berufsstatus		
...Arbeiterinnen und Arbeiter (n=100)	50%	36%
...Angestellte (n=380)	43%	39%
...Beamteninnen und Beamte (n=34)	73%	63%
...Selbständige (n=38)	67%	64%
...Rentnerinnen und Rentner (n=233)	45%	38%
...Schülerinnen und Schüler, Studierende (n=114)	18%	34%
Alle Befragten (n=1.000)	43%	40%

Quelle: Bevölkerungsbefragung Baden-Württemberg 2015 (n=1.000).

Nicht in allen Regierungsbezirken Baden-Württembergs verfügen die befragten Personen über den gleichen ESF-Kennntnisstand (Abbildung 2). Während nämlich 46 % aller im Regierungsbezirk Karlsruhe kontaktierten Personen angaben, bereits vom ESF gehört zu haben, fiel der Bekanntheitsgrad im Regierungsbezirk Freiburg (41 %) und vor allem in den Regierungsbezirken Tübingen und Stuttgart (jeweils 36 %) spürbar geringer aus.

Abbildung 2: Regionale Bekanntheit des Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) in Baden-Württemberg



Quelle: Bevölkerungsbefragung Baden-Württemberg 2015 (n=1.000).

BIK-Regionsgrößenklasse: Angegeben ist jeweils die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner.

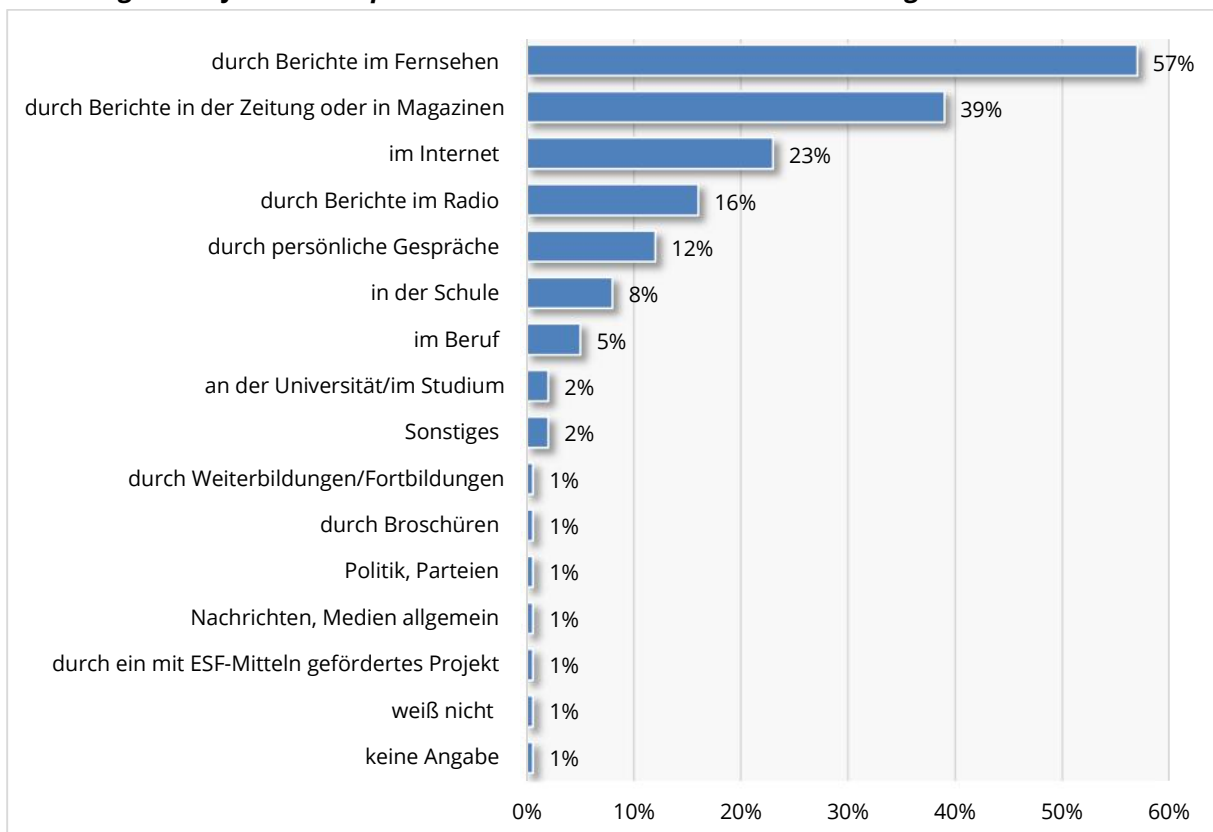
Zwischen BIK-Regionsgrößenklassen⁴ und der Bekanntheit des ESF gibt es keinen stringenten Zusammenhang. Am höchsten lag der Bekanntheitsgrad in BIK-Regionen mit 5.000 bis 19.999 Einwohnerinnen und Einwohnern. Dort gaben 53 % der befragten Personen an, den ESF zu kennen. In der kleinsten Größenklasse (unter 5.000) fiel der Anteil der befragten Personen, die Kenntnis über den ESF haben, mit 43 % am zweithöchsten aus, wobei die Fallzahl in dieser Untergruppe mit n=45 recht niedrig lag. In der drittgrößten Klasse (20.000 bis 99.999) lag der Bekanntheitsgrad mit 35 % vergleichsweise am niedrigsten. Am zweitniedrigsten fiel die ESF-Bekanntheit in BIK-Regionen mit 100.000 bis 499.999 Einwohnerinnen und Einwohnern aus. In der größten BIK-Regionsgrößenklasse (500.000 und mehr) gaben 40 % aller Befragten an, Kenntnis über den ESF zu haben.

⁴ Die BIK-Regionendifferenzierung ist eine Systematik für die Gewinnung von vergleichbaren Raumeinheiten, auf deren Basis Vergleichsanalysen zur sozio-ökonomischen Entwicklung in den Regionen und Raumeinheiten gemacht werden können.

4 Informationsquellen zum ESF

Diejenigen befragten Personen, die angaben, den ESF zu kennen (n=398), wurden am Telefon ferner danach befragt, über welche Informationskanäle sie vom ESF erfahren haben. Als Hauptinformationsquellen zum ESF wurden Berichte im Fernsehen (57 %) und in Zeitungen oder Magazinen (39 %) genannt (*Abbildung 3*). An dritter Stelle kommt das Internet (23 %). Auf dem vierten Rang folgen Berichte im Radio (16 %). Informationen aus persönlichen Gesprächen waren für 12 % der befragten Personen relevant; weitere 8 % gaben an, in der Schule Informationen über den ESF erhalten zu haben. 5 % der Befragten kannten den ESF über den Beruf. Andere Informationsquellen wie Weiterbildungen oder Broschüren spielten nur eine marginale Rolle. Nur 1 % der Befragten gab in dieser – offen gestellten – Frage explizit an, den ESF durch ein mit ESF-Mitteln gefördertes Projekt zu kennen.

Abbildung 3: Informationsquellen über den ESF in Baden-Württemberg



Quelle: Bevölkerungsbefragung Baden-Württemberg 2015 (n=398).

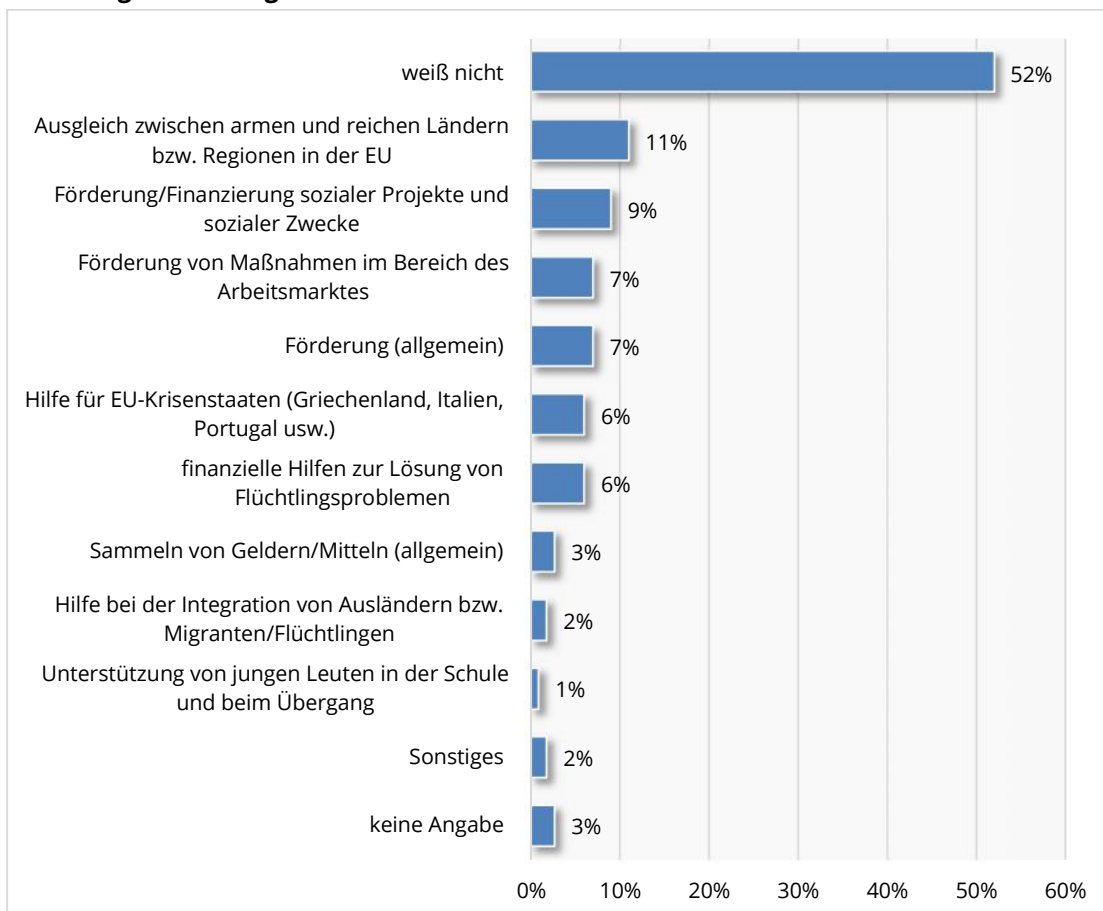
Bei einer gruppenspezifischen Betrachtung der Befragungsergebnisse gibt es einige Auffälligkeiten. So spielten Fernsehen und Radio als Informationskanäle bei den älteren Befragten eine wesentlich größere Rolle als bei den jüngeren Befragten. Genau umgekehrt verhielt es sich hinsichtlich des Internets. Zudem haben der Bildungsstand und der Berufsstatus Einfluss darauf, wie

stark das Internet als Informationsmedium zum ESF zur Geltung kommt. Mit dem Bildungsstand und Berufsstatus steigt nämlich der Anteil der Befragten, die das Internet als ESF-Informationsquelle angegeben haben.

5 Wissensstand zum ESF

Wie zu den Informationskanälen wurden auch zum Wissensstand über den ESF nur diejenigen Personen befragt, die angaben, bereits einmal vom ESF gehört zu haben (n=398). Insgesamt wurden den Betreffenden fünf Fragen gestellt, deren Beantwortung Rückschlüsse auf den Informationsstand der Bevölkerung über den ESF zulassen. Zunächst sollten die Befragten angeben, welche Aktivitäten und Tätigkeitsbereiche den ESF auszeichnen („Können Sie mir auch sagen, was der Europäische Sozialfonds ist bzw. was der ESF alles tut?“). Die Befragten hatten hierbei die Möglichkeit, offen zu antworten. *Abbildung 4* zeigt die Verteilung der im Nachhinein nach Themen kategorisierten Antworten.

Abbildung 4: Wahrgenommene Förderziele des ESF



Quelle: Bevölkerungsbefragung Baden-Württemberg 2015 (n=398).

Rd. die Hälfte der Befragten (52 %) hatte keinerlei weiterführendes Wissen über die Förderziele

des ESF. 11 % gaben an, dass der ESF mit dem Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern bzw. Regionen in der EU befasst ist. Ferner nannten 9 % der Befragten die Förderung bzw. Finanzierung von sozialen Projekten und sozialen Zwecken. Weitere 7 % verorteten den ESF in dessen Kernbereich der Förderung von Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes. Lediglich 1 % der Befragten gab an, dass der ESF junge Leute in der Schule oder beim Übergang in Ausbildung oder Beschäftigung fördert. Ein Teil der Nennungen spiegelte auch nicht die tatsächlichen Förderziele des ESF wider. Jeweils 6 % der Personen verorteten den ESF in den zum Befragungszeitpunkt stark in den Medien präsenten Problembereichen der Hilfe für EU-Krisenstaaten (Griechenland, Italien, Portugal usw.) sowie der finanziellen Hilfe zur Lösung von Flüchtlingsproblemen. Rekurriert man auf Gruppenunterschiede, dann zeigt sich z. B., dass die 30- bis 39-Jährigen, Schülerinnen, Schüler und Studierende sowie Selbständige vergleichsweise die höchste Treffsicherheit hinsichtlich der Angaben zu den Förderzielen aufgewiesen haben. Allerdings fiel der Abstand zu den anderen Gruppen nicht groß aus.

Nur sehr wenige Befragte fühlten sich in der Lage, ein konkretes vom ESF gefördertes Programm oder Projekt zu benennen. 79 % der Befragten mussten bei der einschlägigen Frage („Können Sie mir ein vom Europäischen Sozialfonds ESF gefördertes Programm oder Projekt nennen?“) passen und antworteten entsprechend mit „weiß nicht“. Nur 3 % zählten hingegen die tatsächlich vom ESF geförderten Projekte zur Weiterbildung von Beschäftigten oder zur Ausbildung von Jugendlichen zum ESF-Projektportfolio.

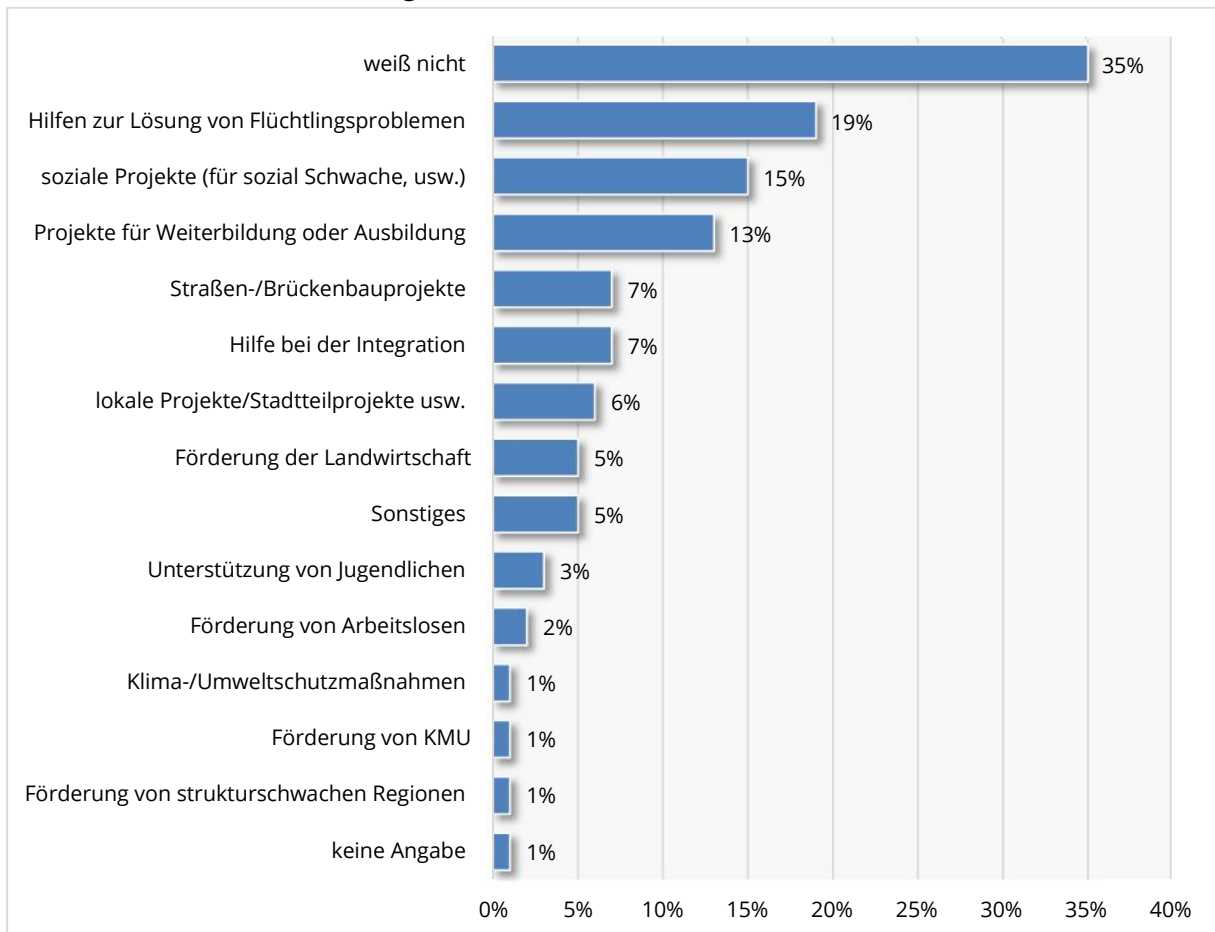
Gleichfalls konnten nur wenige der hier befragten Personen Angaben zu den Entscheidungsträgern für die Verteilung von ESF-Geldern machen. Die Angaben, die bei der entsprechenden (offen gestellten) Frage („Können Sie mir sagen, wer in Deutschland über die Verteilung der Gelder des ESF entscheidet?“) von den Befragten gemacht worden sind, streuen quer über die (nachträglich gebildeten) Antwortkategorien. Der Bundesregierung wiesen 9 % der Befragten Kompetenzen im Bereich der Mittelverteilung zu, gefolgt vom Europäischen Parlament und dem Bundestag mit jeweils 8 %. Dahinter folgen die Europäische Union, das Bundesfinanzministerium sowie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit jeweils 7 %. Den Bundesländern und ihren Landtagen sowie der Bundeskanzlerin maßen jeweils 4 % der befragten Personen Kompetenzen in diesem Bereich bei. 3 % waren der Ansicht, dass die Europäische Kommission federführend bei der ESF-Mittelverteilung sei. Die Mehrheit von 58 % gab hingegen an, über diesen Bereich keinerlei Wissen zu haben.

Konkreter zur Mittelverwendung im Land Baden-Württemberg befragt („Wissen Sie oder glauben Sie, dass auch in Baden-Württemberg Mittel des Europäischen Sozialfonds ESF eingesetzt werden?“), antworteten 51 % der Personen, dass sie glauben, ESF-Mittel würden in Baden-Württemberg zum Einsatz kommen. Weitere 10 % waren sich sicher, dass dies tatsächlich der Fall ist. 15 % der Befragten gaben hingegen irrtümlicherweise an, dass Baden-Württemberg keine ESF-Mittel erhält. 23 % wussten keine Antwort auf die entsprechende Frage.

Die Befragten, die vom ESF gehört und zusätzlich gewusst oder geglaubt haben, dass in Baden-

Württemberg ESF-Mittel eingesetzt werden (n=245), wurden nach den Zwecken der Mittelverwendung befragt. Etwas mehr als ein Drittel (35 %) der befragten Personen wusste auf die Frage keine konkrete Antwort (*Abbildung 5*).

Abbildung 5: Wahrgenommene Zwecke der Mittelverwendung von ESF-Fördergeldern in Baden-Württemberg



Quelle: Bevölkerungsbefragung Baden-Württemberg 2015 (n=245).

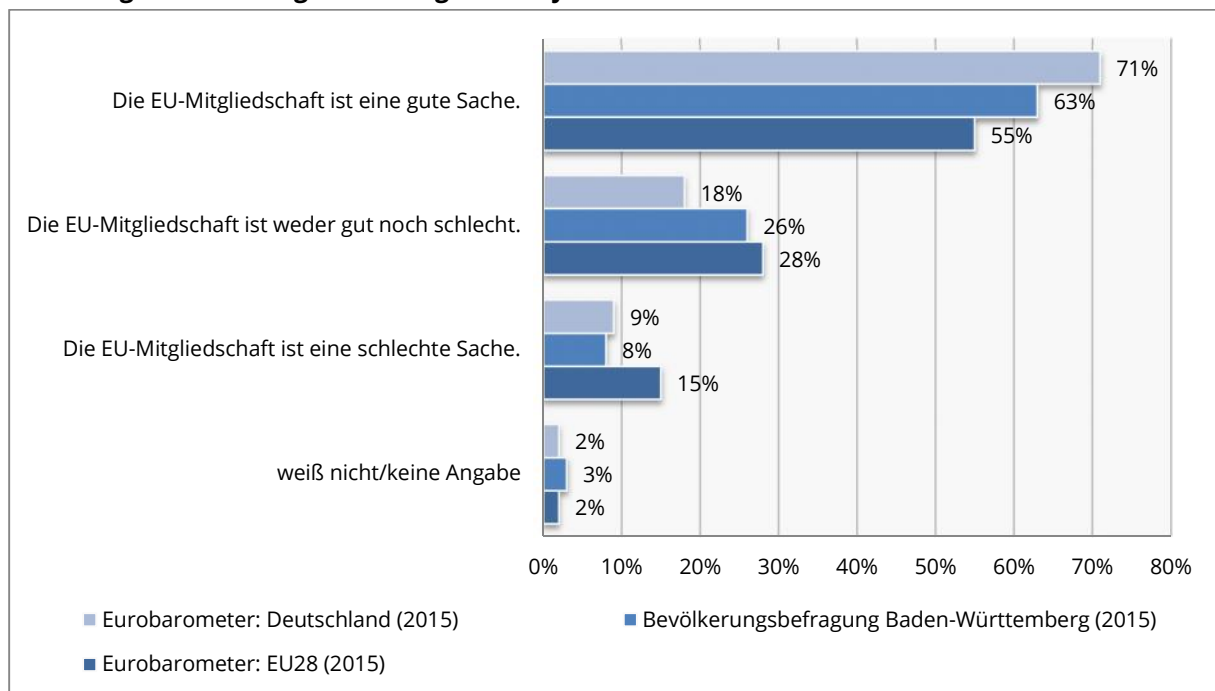
Knapp jeder Fünfte (19 %) vermutete, ESF-Gelder würden in Baden-Württemberg für die Flüchtlingshilfe aufgewendet. Hier hatten viele Befragte offenbar die zum Befragungszeitpunkt aktuelle Problemlage vor Augen und maßen dem ESF eine Verantwortlichkeit in diesem Bereich zu. Auf Rang drei und vier lagen zwei Bereiche, in denen tatsächlich ESF-Mittel aufgewendet werden. So waren 15 % der Ansicht, dass ESF-Mittel in soziale Projekte fließen, etwa für sozial Schwächere. Zudem gaben 13 % an, ESF-Mittel würden für Weiterbildungs- oder Ausbildungsprojekte eingesetzt. Mit deutlichem Abstand folgen die Förderbereiche Unterstützung von Jugendlichen (3 %), Förderung von Arbeitslosen (2 %), Förderung von KMU (1 %). 6 % der Befragten nannte Bereiche, die eher dem Bundes-ESF zuzurechnen sind (lokale Projekte/ Stadtteilprojekte), die natürlich auch in Baden-Württemberg umgesetzt werden.

7 % glaubten irrtümlich, dass ESF-Gelder für Straßen- und Brückenbauprojekte oder für die Förderung der Landwirtschaft (5 %) eingesetzt werden. Dies sind diejenigen Bereiche, die vor allem im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) im Vordergrund stehen.

6 Wissen und Meinungen zur Europäischen Union

Neben Fragen zur Bekanntheit des ESF und der Struktur- und Investitionsfonds interessierte im Rahmen der Befragung auch, wie viel Informationen die baden-württembergische Bevölkerung über die EU hat und wie sie der EU gegenüber eingestellt ist. Auf die Frage „Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?“ ordneten annähernd zwei Drittel (63 %) der baden-württembergischen Bevölkerung die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU als „eine gute Sache“ ein (Abbildung 6).

Abbildung 6: Meinungen zur Mitgliedschaft Deutschlands in der EU



Quelle: Bevölkerungsbefragung Baden-Württemberg 2015 (n=1.000); Eurobarometer 2015 (Deutschland: n= 1.000, EU28: n=28.000).

Die vom Eurobarometer im September 2015 mit gleicher Fragestellung gemessene Befürwortung der EU-Mitgliedschaft in der deutschen Bevölkerung insgesamt fiel mit 71 % rund 8 Prozentpunkte höher aus. Deutschland liegt damit im europäischen Vergleich hinter Luxemburg (82 %) und Irland (72 %) weit vorn; insgesamt sind große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten auszumachen. Der Durchschnitt der EU-28 beläuft sich auf 55 %. Schlusslichter sind die Tschechische Republik (34 %) sowie Zypern und Österreich (je 36 %).

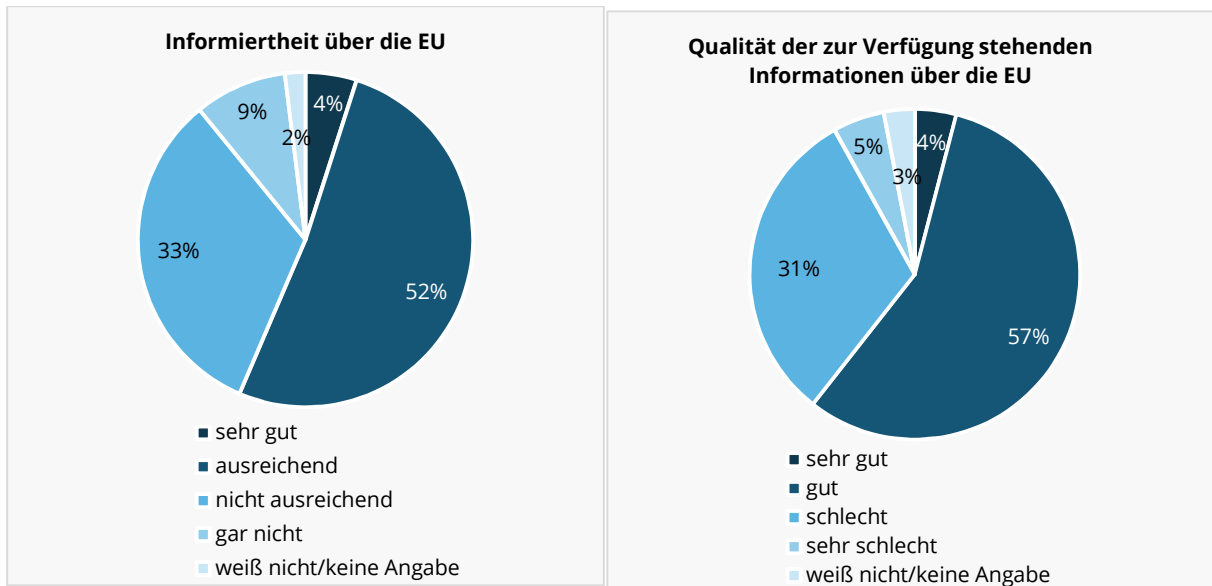
Für weder gut noch schlecht befanden 26 % der in Baden-Württemberg befragten Personen die EU-Mitgliedschaft (D: 18 %, EU: 28 %). Vergleichbar zwischen dem gesamten Bundesgebiet (9 %) und Baden-Württemberg (8 %) fiel der Anteil derjenigen Personen aus, die die EU-Mitgliedschaft als „eine schlechte Sache“ einstufen. In der EU-28 lag der Anteil der gegenüber der EU vorwiegend skeptisch eingestellten Personen mit 15 % annähernd doppelt so hoch.

In Baden-Württemberg befürworteten mehr Männer (67 %) als Frauen (60 %) die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU. Die jüngste befragte Bevölkerungsgruppe im Alter von 14 bis 29 Jahren verzeichnete mit 52 % den geringsten Zustimmungswert. Am höchsten fiel die Zustimmung in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen aus. Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft steigt zudem mit dem Bildungsgrad. Während 54 % der befragten Personen mit einem Hauptschulabschluss angaben, die Mitgliedschaft in der EU sei „eine gute Sache“, fiel der Zustimmungswert bei den Befragten mit Abitur oder Universitätsabschluss mit 78 % deutlich höher aus. Bei Schülerinnen und Schülern fiel die Zustimmung korrespondierend zu den Ergebnissen der jeweiligen Altersgruppe mit 47 % recht niedrig aus. Auch zwischen dem Berufsstatus und der Zustimmung gegenüber der EU-Mitgliedschaft gibt es einen Zusammenhang. So befanden 82 % der Beamtinnen und Beamten sowie 66 % der Angestellten die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache, jedoch lediglich 54 % der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die zweite im EU-Kontext gestellte Frage lautete, ob die EU-Mitgliedschaft für Deutschland insgesamt gesehen Vorteile oder Nachteile mit sich bringt oder ob sich Vor- und Nachteile die Waage halten (drei mögliche Antwortkategorien neben „weiß nicht“). Im Eurobarometer findet sich hierzu wiederum ein Äquivalent, allerdings wurden die Befragten dort gebeten, sich zwischen nur zwei Antwortmöglichkeiten „hat Vorteile“ oder „ist nicht der Fall“ zu entscheiden. In der Bevölkerungsbefragung Baden-Württemberg 2015 antworteten 42 % mit „hat insgesamt gesehen Vorteile“, 34 % gaben an, dass sich die Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft in etwa ausgleichen. 23 % waren der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft für Deutschland mit Nachteilen verbunden wäre. Lt. Eurobarometer antworteten 29 % der deutschen Bevölkerung, dass die EU-Mitgliedschaft keine Vorteile biete; der Durchschnitt der EU-28 lag bei 31 %. Dagegen wurden die Vorteile der EU-Mitgliedschaft in der bundesdeutschen Bevölkerung (62 %) sowie in der gesamten EU (60 %) deutlich stärker gewichtet, was vermutlich mit der abweichenden Fragestellung und den Antwortkategorien zusammenhängt.

Die abschließenden beiden Fragen bezogen sich auf die Informiertheit der Bevölkerung Baden-Württembergs über die EU und wie diese die Qualität der zur Verfügung stehenden Informationen über die EU bewerten (*Abbildung 7*). Die EU-Informiertheit der befragten Personen fiel zweigeteilt aus. Während sich insgesamt 56 % der baden-württembergischen Bevölkerung mindestens ausreichend informiert fühlte (sehr gut informiert: 4 %, ausreichend informiert: 52 %), gaben zusammengenommen 42 % der befragten Personen an, entweder nicht ausreichend (33 %) oder gar nicht (9 %) informiert zu sein.

Abbildung 7: Informiertheit über die EU und Bewertung der zur Verfügung stehenden Informationen über die EU



Quelle: Bevölkerungsbefragung Baden-Württemberg 2015 (n=1.000).

Die Mehrheit der Befragten zeigte sich mit der Qualität der zur Verfügung stehenden Informationen über die EU, welche über die Presse, das Radio und Fernsehen oder anderen Kanälen verbreitet werden, zufrieden.⁵ Zusammengefasst berichteten 61 % der baden-württembergischen Bevölkerung, dass sie die Informationen über die EU für mindestens gut befinden (sehr gut: 4 %, gut: 57 %). Demgegenüber standen insgesamt 36 % an Befragten, die die Qualität als schlecht (31 %) oder als sehr schlecht (5 %) bewerteten.

Korrespondierend zu den Angaben der Informiertheit zeigten sich ältere Personen (mindestens gut: 68 %) am zufriedensten und Personen im Alter von 50 bis 59 Jahren vergleichsweise am unzufriedensten (mindestens gut: 52 %) mit dem Informationsangebot. Ähnlich verhält es sich hinsichtlich des Bildungsstatus der Befragten. So bewerteten Personen mit einem Hauptschulabschluss die Qualität der zur Verfügung stehenden Informationen besser (mindestens gut: 67 %) als Personen mit Abitur oder einem akademischen Grad (mindestens gut: 55 %) oder Personen mit einem mittleren Schulabschluss (mindestens gut: 54 %). Schülerinnen und Schüler zeigten sich in dieser Dimension insgesamt am zufriedensten (mindestens gut: 73 %).

Das jüngste Eurobarometer zeigt gegenwärtig eine Wiederbelebung des Interesses für Europapolitik insgesamt. So bezeichneten sich in 2015 rd. 54 % der Europäer als an Europapolitik im Allgemeinen „interessiert“, was einem Anstieg um 11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013 entspricht. In Deutschland gaben sogar 65 % der Befragten an, an europäischen Themen interessiert

⁵ Zu beachten ist hierbei, dass sich die Bewertung der Befragten nicht auf spezifische Informationsmaterialien der Verwaltungsbehörde oder anderer Akteure des ESF bezieht.

zu sein (+ 16 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013).

Festgehalten werden kann, dass die Bevölkerung Baden-Württembergs überwiegend positiv gegenüber der EU eingestellt ist und die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU größtenteils befürwortet. Allerdings wurde die EU-Mitgliedschaft von weniger als der Hälfte der befragten Personen mit Vorteilen für Deutschland assoziiert. Bei der Kosten-Nutzen- bzw. Vorteils-Nachteils-Abwägung zeigte sich die baden-württembergische Bevölkerung damit skeptischer als die bundesdeutsche Gesamtbevölkerung und als der Durchschnitt der EU-Bevölkerung. Zudem geht aus den Befragungsergebnissen hervor, dass grundsätzlich noch einige selbst wahrgenommene Informationsdefizite hinsichtlich der EU in der baden-württembergischen Bevölkerung existieren.

7 Zusammenfassung

Die lt. Kommunikationsstrategie für das operationelle ESF-Programm „Chancen fördern – Europäischer Sozialfonds in Baden-Württemberg 2014-2020“ vorgesehene Bevölkerungsbefragung zur Bekanntheit des Europäischen Sozialfonds (ESF) in Baden-Württemberg wurde im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg im Zeitraum vom 15.10.2015 bis zum 11.11.2015 mittels computergestützter Telefoninterviews durch TNS Emnid durchgeführt. Insgesamt wurden 1.000 Interviews realisiert. Die Ergebnisse wurden im vorliegenden Bericht vom ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik ausgewertet. Die Bevölkerungsbefragung soll gegen Ende der Förderperiode (2020) wiederholt werden, um die Ergebnisse der Kommunikationsstrategie des Landes Baden-Württemberg im Zeitverlauf aufzeigen zu können.

Die Auswertung zeigt, dass in 2015 rund 40 % der befragten Personen in Baden-Württemberg schon einmal vom ESF gehört haben. Ein Vergleich mit der bundesweiten Befragung aus 2013 ergibt, dass die Bekanntheit des ESF in Baden-Württemberg zwar um 5 Prozentpunkte geringer ausgefallen ist als in Deutschland insgesamt, sie allerdings mit dem für Westdeutschland konstatierten Anteilswert (42 %) vergleichbar ist. Grundsätzlich gilt im Ost-West-Vergleich, dass der Bekanntheitsgrad mit dem Mitteleinsatz des ESF (je Kopf der Bevölkerung) ansteigt. Die Bekanntheit des ESF steigt mit Alter und Bildungsstand sowie mit der Ausübung einer Berufstätigkeit. Es bestehen auch regionale Unterschiede. Während 46 % aller im Regierungsbezirk Karlsruhe kontaktierten Personen angaben, bereits vom ESF gehört zu haben, fiel der Bekanntheitsgrad im Regierungsbezirk Freiburg (41 %) und vor allem in den Regierungsbezirken Tübingen und Stuttgart (jeweils 36 %) spürbar geringer aus. Bei den Informationskanälen spielten die klassischen Medien wie Fernsehen, Zeitungen und Radio eine deutlich größere Rolle als das Medium Internet.

Konkreter zur Mittelverwendung im Land Baden-Württemberg befragt („Wissen Sie oder glauben Sie, dass auch in Baden-Württemberg Mittel des Europäischen Sozialfonds ESF eingesetzt werden?“), antworteten 51 % der Personen, dass sie glauben, ESF-Mittel würden in Baden-Württemberg zum Einsatz kommen. Weitere 10 % waren sich sicher, dass dies tatsächlich der Fall

ist. 15 % der Befragten gaben hingegen irrtümlicherweise an, dass Baden-Württemberg keine ESF-Mittel erhält.

Dabei verfügte die Mehrheit derjenigen Personen, die bereits vom ESF gehört haben, über ein eher diffuses Bild der Förderziele, Fördermaßnahmen und Förderstrukturen des ESF. So konnten viele Befragte keine konkreten Antworten zu den diesbezüglich gestellten Fragen geben. Gleichfalls konnten nur wenige der hier befragten Personen Angaben zu den Entscheidungsträgern für die Verteilung von ESF-Geldern machen. Baden-Württembergs Bevölkerung ist aber keinesfalls geringer oder schlechter über den ESF informiert als diejenige des gesamten Bundesgebiets oder denjenigen in anderen Bundesländern Westdeutschlands. Vielmehr konstatiert auch der Bund, dass „in der Bevölkerung große Unklarheit darüber besteht, was der ESF ist und was er bewirkt“⁶.

Bei den allgemeinen Fragen zur EU zeigte sich, dass 2015 knapp ein Drittel (63 %) der baden-württembergischen Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft Deutschlands für „eine gute Sache“ hielt. Somit lag der Anteil der Befürworter in Baden-Württemberg etwas niedriger als der vom Eurobarometer erfasste Wert für die gesamtdeutsche Bevölkerung (71 %), jedoch höher als der Wert für die EU-28 (55 %).

Die EU-Informiertheit der befragten Personen fiel zweigeteilt aus: 56 % fühlten sich mindestens ausreichend informiert. 42 % sagten hingegen, dass sie nicht ausreichend oder gar nicht über die EU informiert seien. Die Qualität der zur Verfügung stehenden Informationen wurde von der Mehrheit der befragten Personen für (sehr) gut befunden (61 %).

Resümierend kann festgehalten werden, dass es in der baden-württembergischen Bevölkerung noch erhebliche Informationsdefizite in Bezug auf den ESF und dessen Tätigkeitsbereiche und Ziele gibt. Dies deutet darauf hin, dass bei Kommunikationsmaßnahmen konkreten Informationsinhalten über den ESF mindestens genauso viel Stellenwert eingeräumt werden sollte wie der allgemeinen Vergrößerung von dessen Bekanntheit. In der laut Kommunikationsstrategie für 2020 geplanten Wiederholungsbefragung wird sich zeigen, ob und wie sich der Informationsstand der Bevölkerung zum ESF im Zeitverlauf entwickelt.

⁶ Vgl. Meldung des BMAS „Netzwerken für den ESF“ vom 17.7.2015, abrufbar unter: <http://www.esf.de/SharedDocs/Meldungen/Newsletter/Netzwerken-fuer-ESF.html>.

8 Literaturverzeichnis

Europäisches Parlament 2015: Eurobarometer des Europäischen Parlaments (EB/EP 84.1). Par-
lameter 2015 – Teil 2. Zusammenfassende Analyse. Im Internet abrufbar unter:

http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2015/2015parlemeter/eb84_1_synthese_analytique_partie_II_de.pdf

Forsa 2013: Der Europäische Sozialfonds in der Wahrnehmung der Bürger im Frühjahr 2013. Im
Internet abrufbar unter: http://www.esf.de/portal/SharedDocs/PDFs/DE/Aktuelles/2013/2013_04_25_forsa_studie_pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

Kommunikationsstrategie gemäß Art. 115 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 für das operatio-
nelle ESF-Programm „Chancen fördern – Europäischer Sozialfonds in Baden-Württemberg 2014-
2020“ im Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung vom 3. November 2014.

An alle:

1. Die Europäische Union fördert die Mitgliedsstaaten durch so genannte Struktur- und Investitionsfonds. Haben Sie davon schon etwas gehört?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht
- (keine Angabe)

An alle:

2. Haben Sie schon einmal etwas vom Europäischen Sozialfonds – kurz ESF genannt – gehört?

- Ja
- Nein
- Weiß nicht
- (keine Angabe)

Filter: vom Europäischen Sozialfonds gehört (Frage 2 mit „Ja“ beantwortet)

3. Woher haben Sie denn etwas über den Europäischen Sozialfonds bzw. ESF erfahren?

Offen abfragen, die folgende Tabelle enthält Codierungshilfe

Trifft zu	
	durch Berichte im Fernsehen
	durch Berichte in der Zeitung oder in Magazinen
	durch Berichte im Radio
	im Internet
	durch Broschüren
	durch persönliche Gespräche
	im Beruf
	in der Schule
	Durch Weiterbildungen / Fortbildungen
	an der Universität/ im Studium
	Durch ein mit ESF-Mitteln gefördertes Projekt als Teilnehmer/in
	Sonstiges
	Weiß nicht
	Keine Angabe

Filter: vom Europäischen Sozialfonds gehört (Frage 2 mit „Ja“ beantwortet)

4. Können Sie mir auch sagen, was der Europäische Sozialfonds ist bzw. was der ESF alles tut?

Offen abfragen, die folgende Tabelle enthält Codierungshilfe

Trifft zu	
	Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern bzw. Regionen in der EU / Hilfe für ärmere Länder in der EU
	Förderung / Finanzierung sozialer Projekte / sozialer Zwecke / Hilfe für sozial Schwache / Ausgleich sozialer Unterschiede
	Förderung von Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes / Umschulung / Weiterbildung / Ausbildung
	Unterstützung von jungen Leuten in der Schule bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz
	Hilfe bei der Integration von Ausländern bzw. Migranten / Flüchtlingen
	Förderung (allgemein)
	Sammeln von Geldern / Mitteln (allgemein)
	Unterstützung beim Ausbau der Stromnetze
	erneuerbare Energien, Energiewende
	Förderung des Ausbaus des Breitbandkabelnetzes
	Straßen- / Brückenbauprojekte
	Klima-/Umweltschutzmaßnahmen
	Hilfe bei (Umwelt-)Katastrophen / Krisen
	Förderung der Landwirtschaft / des Agrarsektors
	Hilfe für EU-Krisenstaaten (Griechenland, Italien, Portugal usw.)
	Hilfe für EU-Mitglieder aus Osteuropa
	Hilfe für Entwicklungsländer
	Hilfe für Opfer der Globalisierung (auch: Hilfe für Opfer von Strukturreformen / Massenentlassungen)
	Sonstiges
	Weiß nicht
	Keine Angabe

Filter: vom Europäischen Sozialfonds gehört (Frage 2 mit „Ja“ beantwortet)

5. Können Sie mir ein vom Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördertes Programm oder Projekt nennen?

Offen abfragen, die folgende Tabelle enthält Codierungshilfe

Trifft zu	
	Projekte für Weiterbildung / Fortbildung / Ausbildung
	Soziale Projekte (für sozial Schwache, usw.)
	Lokale Projekte / Stadtteilprojekte usw.
	Förderung von strukturschwachen Regionen
	Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
	Förderung von Arbeitslosen
	Frauenförderung
	Unterstützung von Jugendlichen
	Hilfe für behinderte Menschen
	Hilfe bei der Integration von Ausländern bzw. Migranten / Flüchtlingen
	Förderung von Existenzgründern

	Unterstützung beim Ausbau der Stromnetze
	erneuerbare Energien, Energiewende
	Förderung des Ausbaus des Breitbandkabelnetzes
	Straßen- / Brückenbauprojekte
	Klima-/Umweltschutzmaßnahmen
	Hilfe bei (Umwelt-)Katastrophen / Krisen
	Förderung der Landwirtschaft / des Agrarsektors
	Hilfe für EU-Krisenstaaten (Griechenland, Italien, Portugal usw.)
	Hilfe für EU-Mitglieder aus Osteuropa
	Hilfe für Entwicklungsländer
	Hilfe für Opfer der Globalisierung (auch: Hilfe für Opfer von Strukturreformen / Massenentlassungen)
	Sonstiges
	Weiß nicht
	Keine Angabe

Filter: vom Europäischen Sozialfonds gehört (Frage 2 mit „Ja“ beantwortet)

6. Können Sie mir auch sagen, wer in Deutschland über die Verteilung der Gelder des Europäischen Sozialfonds (ESF) entscheidet?

Offen abfragen, die folgende Tabelle enthält Codierungshilfe

Trifft zu	
	EU allgemein (EU-Kommission / EU Parlament etc.)
	Europäisches Parlament
	Europäische Kommission
	Bundesregierung
	Bundestag
	Bundeskanzlerin
	Arbeits- und Sozialministerium
	Finanzministerium
	Wirtschaftsministerium
	Andere Ministerien
	Bundesländer (Länderparlamente / Landtage)
	Europäische Zentralbank
	Bundesbank
	Sonstiges
	Weiß nicht
	Keine Angabe

Filter: vom Europäischen Sozialfonds gehört (Frage 2 mit „Ja“ beantwortet)

7. Wissen Sie oder glauben Sie, dass auch in Baden-Württemberg Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) eingesetzt werden?

- Ja, das weiß ich sicher
 Ja, das glaube ich

- Nein, Baden-Württemberg erhält keine ESF-Mittel
- Weiß nicht
- (keine Angabe)

Filter: wenn ja, das weiß ich sicher oder das glaube ich (Frage 2 und Frage 7 mit „Ja“ beantwortet)

8. Für welche Zwecke werden nach Ihrer Meinung in Baden-Württemberg Mittel des ESF eingesetzt?

Offen abfragen, die folgende Tabelle enthält Codierungshilfe

Trifft zu	
	Projekte für Weiterbildung / Fortbildung / Ausbildung
	Soziale Projekte (für sozial Schwache, usw.)
	Lokale Projekte / Stadtteilprojekte usw.
	Förderung von strukturschwachen Regionen
	Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
	Förderung von Arbeitslosen
	Frauenförderung
	Unterstützung von Jugendlichen
	Hilfe für behinderte Menschen
	Hilfe bei der Integration von Ausländern bzw. Migranten / Flüchtlingen
	Förderung von Existenzgründern
	Unterstützung beim Ausbau der Stromnetze
	erneuerbare Energien, Energiewende
	Förderung des Ausbaus des Breitbandkabelnetzes
	Straßen- / Brückenbauprojekte
	Klima-/Umweltschutzmaßnahmen,
	Hilfe bei (Umwelt-)Katastrophen / Krisen
	Förderung der Landwirtschaft / des Agrarsektors
	Hilfe für EU-Krisenstaaten (Griechenland, Italien, Portugal usw.)
	Hilfe für EU-Mitglieder aus Osteuropa
	Hilfe für Entwicklungsländer
	Hilfe für Opfer der Globalisierung (auch: Hilfe für Opfer von Strukturreformen / Massenentlassungen)
	Sonstiges
	Weiß nicht
	Keine Angabe

An alle:

9. Lassen Sie uns ein wenig über die europäische Union sprechen. Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach

- eine gute Sache
- eine schlechte Sache
- weder gut noch schlecht
- Weiß nicht
- (keine Angabe)

An alle:

10. Hat Ihrer Meinung nach Deutschland insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder eher Nachteile?

- Hat insgesamt gesehen Vorteile
- Hält sich die Waage (Vor-und Nachteile gleichen sich aus)
- Hat insgesamt gesehen Nachteile
- Weiß nicht
- (keine Angabe)

An alle:

11. Wie gut fühlen Sie sich über das was die Europäische Union macht informiert?

- Sehr gut
- Ausreichend
- Nicht ausreichend
- Gar nicht
- Weiß nicht
- (keine Angabe)

An alle:

12. Und wie bewerten Sie die Qualität der Informationen zur Europäischen Union, die Sie aus der Presse, dem Rundfunk, dem Fernsehen und anderen Quellen erhalten?

- Sehr gut
- Gut
- Schlecht
- Sehr schlecht
- Weiß nicht
- (keine Angabe)

An alle:

Soziodemografische Merkmale:

A: Geschlecht:

- männlich
- weiblich

B: Alter:

- offen abfragen

C: Schulabschluss

- kein Schulabschluss

- Hauptschulabschluss
- Mittleren Schulabschluss
- (Fach-)Abitur

D: Erwerbsstatus

- Erwerbstätig (differenzieren nach: Arbeiter, Angestellte Beamte, Selbständige)
- Arbeitslos
- Nicht Erwerbstätig (differenzieren nach: Schüler, Studenten, Rentner, Hausfrau/-mann)

E: Regierungsbezirk

- Stuttgart
- Karlsruhe
- Freiburg
- Tübingen

F: Wohnortgröße

- Unter 5.000 Einwohner
- 5.000 bis unter 20.000 Einwohner
- 20.000 bis unter 100.000 Einwohner
- 100.000 bis unter 250.000 Einwohner
- 250.000 Einwohner oder mehr

G: Haushaltseinkommen

- Unter 1.000 €
- 1.000 € bis unter 2.000 €
- 2.000 € bis unter 3.000 €
- 3.000 € oder mehr

Ende der Befragung